

KVP verliert viele Mitglieder

Luzern. – Die Katholische Volkspartei Schweiz (KVP) lehnt die Anti-Minarett-Initiative ab und hat deshalb einen Drittel ihrer Mitglieder verloren. Das bleibt für die vor 15 Jahren gegründete Kleinpartei nicht ohne Folgen. Sie muss ihre fünf Kantonalsektionen auflösen. In Zürich, Aargau, Luzern, St. Gallen und Thurgau ist sie künftig nicht mehr mit kantonalen Sektionen, sondern nur noch mit Geschäftsstellen der nationalen Partei vertreten. (sda)

Initiative spaltet die Grünliberalen

Bern. – Die Initiative zum Exportverbot von Kriegsmaterial war an der gestrigen Delegiertenversammlung der Grünliberalen umstritten. Nach einer «intensiven Diskussion» habe man deshalb Stimmfreigabe beschlossen, teilte die Partei in einem Communiqué mit. Geschlossen ist die Partei hingegen in der Minarett-Frage. Die Delegierten haben einstimmig die Nein-Parole zur Anti-Minarett-Initiative gefasst, weil sie «die Religionsfreiheit in der Verfassung ritzen würde». Ja sagen die Grünliberalen zur Spezialfinanzierung für Luftverkehr. (sda)

Grüne wollen mehr Frauen in der Politik

Bern. – Frauen sind schlechter vernetzt als Männer, sie haben weniger Selbstvertrauen und werden kritischer beurteilt – diese Antworten hat die Grüne Partei der Schweiz erhalten, als sie bei ihren Kantonalparteien nachfragte, weshalb der Frauenanteil in politischen Ämtern von Kanton zu Kanton stark schwankt. Den Frauenmangel wollen die Grünen nun angehen. Gestern haben sie ein Frauenförderungsprogramm lanciert. Ziel: den Frauenanteil in allen Gremien erhöhen. (sda)

Mehrwertsteuer-Einheitssatz spaltet Wirtschaftsverbände

Mit Unterstützung diverser Wirtschaftsvertreter wirbt der Dachverband Economiesuisse per Inserat für einen Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Bei der Aktion nicht dabei ist der Gewerbeverband – wegen inhaltlicher Differenzen.

Von Simon Fischer

Bern/Zürich. – «Mehr Kaufkraft für alle!» prangte gestern von einem halbseitigen Inserat, das der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse in der «Neuen Zürcher Zeitung» und im Westschweizer «Le Matin» abdrucken liess. Bundesrat und Parlament werden darin aufgefordert, Einzelinteressen zu überwinden und mit Entschlossenheit für eine «einfache und für alle faire Mehrwertsteuer» zu kämpfen. Denn davon würden sowohl die Konsumenten als auch die Unternehmen und der öffentliche Sektor profitieren.

Mit der Offensive schaltet sich Economiesuisse direkt in die laufende politische Diskussion über die Einführung eines Einheitssatzes von 6,1 Prozent ein. Eine Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer sei letztlich für die gesamte Volkswirtschaft von Nutzen, heisst es beim Verband. «Durch die Inserate-Aktion wollen wir zeigen, dass die Einführung des Einheitssatzes von einer breiten Koalition von Wirtschaftsvertretern unterstützt wird», erklärt Urs Rellstab, stellvertretender Direktor von Economiesuisse. Tatsächlich haben zahlreiche Verbände, Handelskammern und Persönlichkeiten aus der Schweizer Wirtschaft den Aufruf mitunterzeichnet.

Gewerbeverband stellt sich quer

Ein prominenter Name fehlt allerdings auf der Liste der Mitunterzeichner: der des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV). Dort wird kritisiert, Economiesuisse sei mit der Aktion vorgeprescht. «Grundsätzlich unterstützen wir die Einführung des Einheitssatzes, allerdings nur, wenn der Bildungsbereich davon ausgenommen wird», sagt SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Dies sei eine klare Forderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), und man erwarte von Economiesuisse in diesem Punkt ein Entgegenkommen.



Inseratekampagne für Einheitssatz: Der SGV beklagt das Vorpreschen von Economiesuisse.

Bild Marco Hartmann

Bigler begründet die Haltung des SGV mit dem Bildungsartikel in der Bundesverfassung, der besagt, die Berufsbildung müsse gleich behandelt werden wie akademische Ausbildungen. Der Verbandsdirektor rechnet vor, warum der SGV diesen Grundsatz durch die Einführung eines Einheitssatzes ohne Ausnahmen verletzt sieht: «Ein Medizinstudent beispielsweise muss während seiner Ausbildung Studiengebühren von insgesamt rund 7500 Franken bezahlen.» Demgegenüber fielen bei einem Schreinerlehrling Kurskosten von etwa 50 000 Franken an. «Dass bei diesem Betrag künftig auch noch 6,1 Prozent Mehrwertsteuer anfallen sollen, ist ungerecht», erklärt Bigler.

Für Economiesuisse kein Thema

Bei Economiesuisse erteilt man der Forderung des SGV jedoch postwendend eine Absage. «Der Einheitssatz lebt davon, dass man bestehende Ausnahmen eliminiert und nicht neue schafft», erklärt Rellstab. Eine spezielle Regelung für den Bildungsbereich sei für Economiesuisse deshalb kein Thema.

Dass der Appell an die Politik ausgerechnet gestern erfolgt ist, hat seinen guten Grund. Denn die zuständige Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat die Behandlung des Mehrwertsteuer-Einheitssatzes für ihre Sitzung von morgen traktandiert. Kommissionspräsidentin Hildegard Fässler muss Economiesuisse allerdings enttäuschen. Die Beratung des Geschäfts habe aus Zeitmangel verschoben werden müssen, erklärt die St. Galler SP-Nationalrätin. Möglich sei höchstens, dass über das Eintreten entschieden werde.

SONNTAGSKOLUMNE

Älter werden und alt sein ist keine Schande



Von Niklaus Brantschen

Der Zufall will es, dass ich heute Geburtstag feiere. Mit meinen 72 Jahren lasse ich das so genannte «junge Alter» hinter mir, trete in das fortgeschrittene ein und hoffe, dereinst auch noch das «hohe Alter» erleben zu dürfen. Dabei bin ich mir bewusst, dass für viele Menschen Altern etwas ist, das man wo möglich vermeiden, gegen das man ankämpfen sollte. Anti-Aging ist das Stichwort.

Die Anti-Aging-Bewegung hat sich in den letzten Jahren epidemieähnlich ausgebreitet. Sie entspricht einem Jung-dynamisch-lustig-Ideale und unterhält ganze Industriezweige. Pillen, Cremes, Salben und Wellness-Angebote jeder Art sind auf dem Markt. Ein Kloster

in Deutschland propagiert erfolgreich ein Anti-Aging-Bier. All dies verspricht ein langsames Altern, wenn nicht sogar lebenslängliche Jugend. Bücher zum Thema sind nicht mehr zu zählen. Und, man lese und staune, bereits vor zehn Jahren ist in New York ein Buch erschienen mit Ratschlägen, wie man das Altern von Hunden erfolgreich verzögern kann: Anti aging for dogs.

Was steckt hinter dem Anti-Aging-Boom? Die Frage ist umso berechtigter, als in früheren Zeiten und anderen Kulturen, wie etwa der japanischen, dieses Denken fremd war. Nun, was immer die Ursachen dieser Zeitkrankheit sind, Fakt ist, dass der Jugendlichkeitswahn durch die Werbung verstärkt wird. Mehr und mehr entsteht der Eindruck: Altern darf nicht sein. Es muss verhindert, ja sogar bekämpft werden. Koste es, was es wolle, und es kostet viel Geld und – Lebensqualität. Um dieser Lebensqualität willen fordere ich: weniger Anti-Aging, mehr Pro-Aging!

Pro-Aging meint schlicht und einfach, das Alter zu bejahen, statt in

einer Young-forever-Mentalität dagegen anzurennen. Das bedeutet unter anderem: Nicht mehr Jahre ins Leben bringen, sondern mehr Leben in die Jahre. Nicht die Lebenserwartung um jeden Preis steigern, sondern die Lebensqualität fördern. Alt werden gehört zum Leben. Das wissen wir alle, aber wir meinen doch, wir hätten etwas Besseres verdient als Alter und Tod. Und so möchten wir zwar lang leben, aber dabei jung bleiben, als ob Alter eine Schande wäre.

Altern ist keine Schande. Wer das einsieht und zu seinen Jahren steht, wirkt entspannter und ist gesünder. Mehr als einmal bin ich in den letzten Jahren Frauen – gelegentlich auch Männern – begegnet, die mir plötzlich lebendiger, frischer, authentischer vorgekommen sind. Was war passiert? Sie hatten sich entschlossen, ihr Haar zu zeigen, wie es mit den Jahren geworden war: in Würde ergraut. Paradoxerweise waren sie nur so lange «graue Mäuse», wie sie ihr Alter durch rot oder schwarz gefärbtes Haar zu vertuschen versuchten. Wer punkto Alter sich und anderen etwas vormacht,

trauert der verwelkten Jugend nach, statt die Chance zu ergreifen, im Herbst des Lebens zu reifen – trotz oder gerade dank Altersbeschwerden.

Ein beschwerdefreies Alter gibt es nicht. Auch nicht im «Gesundheitszeitalter», das der Schriftsteller Manfred Lütz in dem Buch «Über Risiken und Nebenwirkungen des Gesundheitswahns» aufs Köstlichste charakterisiert hat. Im Alter ermüden wir schneller, die Sinne verlieren ihre Schärfe, und die Kommunikation wird trotz Brille und Hörgerät schwieriger. Pointiert lässt sich sagen: Im Alter nehmen alle Sinne ab, nur der Eigensinn nimmt zu. In der Tat, wir treffen gelegentlich alte Menschen, die sehr eigenwillig oder eben eigensinnig sind. Ich kenne aber auch solche, die in dieser Phase des Lebens sich dankbar des Vergangenen erinnern, ohne es zu vergolden. Sie sind weise geworden und strahlen eine Güte und Wärme aus, die die Welt reicher macht.

Niklaus Brantschen, Jesuit und Zen-Meister, wohnt und wirkt im Lassalle-Haus Bad Schönbrunn in Edlibach (Zug).

Wermuth übersteht Putschversuch

Bei den Jungsozialisten (Juso) gärt es. Nicht allen gefällt der provokative Kurs der Parteispitze um den umstrittenen Präsidenten Cédric Wermuth.

Solothurn. – Die Juso-Delegiertenversammlung hatte gestern über ein Religionspapier zu befinden – und stimmte ihm im Grundsatz zu. Das Papier, das als Reaktion zur Anti-Minarett-Initiative verfasst wurde, verlangt eine strikte Trennung von Staat und Religion. So sollen die theologischen Fakultäten an Universitäten aufgehoben werden. Kirchensteuern sollen abgeschafft, kirchliche Schulen verboten werden.

Für einige Jungsozialisten war damit die Zeit reif für einen Putsch: Mit ihrer Forderung, die gesamte Parteileitung abzusetzen, kam die Sektion Neuenburg aber nicht durch. Ihr Antrag scheiterte mit 130:5 Stimmen. Die Sektion hatte moniert, dass die Spitze der Partei eine immer radikalere Politik verfolge, ohne sich mit der Basis abzusprechen.

Einen Dämpfer musste Parteipräsident Cédric Wermuth aber dennoch hinnehmen. Die Delegiertenversammlung beschloss einstimmig, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit der Kommunikation der Partei beschäftigen soll. Die Arbeitsgruppe wird besetzt aus Mitgliedern verschiedener Sektionen. (sda)